

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Umwelt

Klimawandel verändert
Sicherheitsanforderungen

>> 3

Haushalt

Inflation und Krisen lassen
Finanzbedarf steigen

>> 4

Währungspolitik

EU stärkt Bargeld und
schlägt digitalen Euro vor

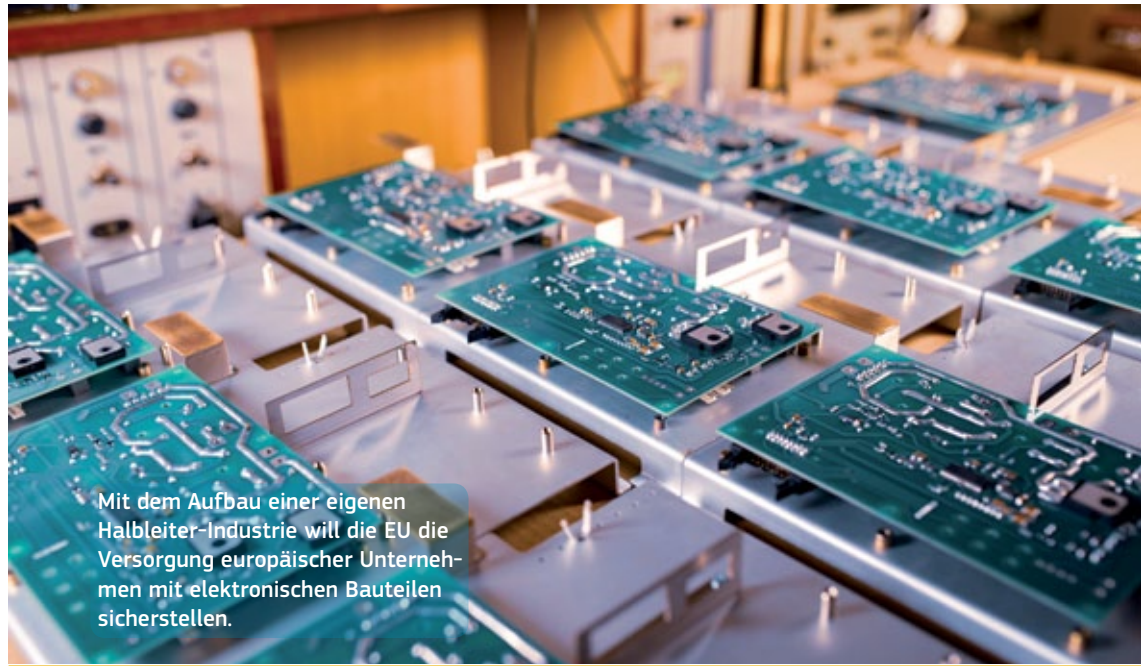
>> 5

■ RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG

Die EU wird die Ukraine noch mehr unterstützen

Die Mitgliedstaaten der EU haben die Militärhilfe für die Ukraine und andere Partnerländer um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 12 Milliarden Euro aufgestockt. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, begrüßte den Beschluss und sagte mit Blick auf den Aufstand der Söldnertruppe Wagner in Russland, dies zeige, dass der Krieg gegen die Ukraine die russische Macht breche und das politische System des Landes beeinträchtige. Die EU werde die Ukraine jetzt noch mehr unterstützen. Zuvor hatten die Mitgliedstaaten das 11. Sanktionspaket gegen Russland seit dem Angriff der russischen Armee auf die Ukraine verabschiedet. Es sieht unter anderem eine engere Zusammenarbeit mit Drittstaaten vor, um die Umgehung von Handelsrestriktionen zu verhindern.

[Ukraine](#)



Mit dem Aufbau einer eigenen Halbleiter-Industrie will die EU die Versorgung europäischer Unternehmen mit elektronischen Bauteilen sicherstellen.

© Shutterstock


■ SICHERHEITSSTRATEGIE

EU setzt auf mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit

Die EU will ihre ökonomische Eigenständigkeit stärken und einseitige Abhängigkeiten in ihren Handelsbeziehungen verringern. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, sagte bei der Vorlage der Strategie für wirtschaftliche Sicherheit in Brüssel: „Wir müssen unsere wirtschaftliche Sicherheit bewahren und gleichzeitig sicherstellen, dass wir weiterhin von einer offenen Wirtschaft profitieren.“

Über die Initiative wird auch auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschef am 29. und 30. Juni in Brüssel beraten. Die Strategie wurde gemeinsam von der EU-Kommission und dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erstellt. Borrell sagte: „Wir haben gelernt, wie Abhängigkeiten zu einer Waffe werden können. Mit dieser Strategie kombinieren wir sicherheitspolitische Maßnahmen, um unsere übermäßigen Abhängigkeiten zu verringern und gleichzeitig ein globales, offenes, regelbasiertes Handelssystem zu bewahren.“

Der Vorstoß verfolgt drei Prioritäten:

 **Schutz vor Abhängigkeiten:** Noch in diesem Jahr soll eine Risikoanalyse zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten vorgelegt werden, mit Analysen etwa zur Versorgung mit wichtigen Roh-

stoffen, zur Widerstandsfähigkeit von Lieferketten und ausländischen Direktinvestitionen. Auf dieser Grundlage können Entscheidungen über Exportkontrollen oder Beschränkungen ausländischer Investitionsvorhaben in der EU getroffen werden. Der Fokus liegt dabei auf Dual-Use-Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erläuterte: „Wir müssen sicherstellen, dass das Kapital der europäischen Unternehmen, ihr Know-how und ihre Forschung nicht von Ländern missbraucht werden, bei denen wir Bedenken hinsichtlich der militärischen Anwendung haben.“ Zudem wird die Verwendung von Schlüsseltechnologien von Herstellern aus Drittstaaten im Bereich der kritischen Infrastruktur untersucht. Erst Mitte Juni hatte die Kommission ihren zweiten *Fortschrittsbericht* zur Cybersicherheit von 5G-Netzen veröffentlicht. >>

“
Das Thema ökonomische Sicherheit ist für uns und viele unserer Partner zu einer Priorität geworden.
 Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
 ”

Einseitige Abhängigkeiten

Die Versorgung der EU mit wichtigen Rohstoffen in vier Ziffern:

100%

der EU-Einfuhren der Elemente aus der Gruppe der Seltenen Erden, die etwa für Generatoren von Windturbinen benötigt werden, kommen aus China.

98%

der EU-Importe von Boraten, einer wichtigen Ausgangsverbindung der chemischen Industrie, etwa zur Herstellung von Glasfaserkabeln, stammen aus der Türkei.

97%

des in die EU eingeführten Metalls Magnesium werden aus China geliefert. Das Metall wird unter anderem im Fahrzeugbau und zur Gewinnung von Kupfer und Nickel genutzt.

71%

des in der EU verarbeiteten Metalls Platin kommt aus Südafrika. Das Metall dient als Katalysator, unter anderem bei der Herstellung von Ammoniak für Düngemittel.

>>

Darin heißt es, Entscheidungen der Mitgliedstaaten, Beschränkungen auf Huawei und ZTE anzuwenden beziehungsweise diese Anbieter von 5G-Netzen auszuschließen, sind gerechtfertigt.



Förderung der Wettbewerbsfähigkeit: Die

Initiative baut auf die Stärkung des Europäischen Binnenmarkts und den Ausbau von Schlüsseltechnologien in der EU. So wird mit der Plattform für strategische Technologien für Europa – Strategic Technologies of Europe Platform (STEP) – eine neue Initiative zur Förderung von Spitzentechnologien „Made in Europe“ vorgeschlagen. Bereits im März hatte die Kommission einen Vorschlag zur Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten in Europa vorgestellt. Das soll in Europa Technologien für den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft fördern, von der Batteriezellenfertigung bis zu Photovoltaik und Geothermie. Unter anderem setzt der Opel-Mutterkonzern Stellantis im Zuge der Europäischen Batterie-Allianz auf Batteriefertigung in Kaiserslautern. BASF hat in Schwarzeide/Brandenburg eine neue Anlage zur Produktion von Batterie-Kathoden im Rahmen eines Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) in Betrieb genommen. Zuvor hatte die EU-Kommission ein Europäisches Chip-Gesetz auf den Weg gebracht, um eine eige-

ne Halbleiter-Industrie in Europa aufzubauen und die Versorgung europäischer Unternehmen mit den elektronischen Bauteilen sicherzustellen. So besiegelte das Unternehmen Intel im Juni den Bau einer neuen Chip-Fabrik in Magdeburg.



Ausbau von Handelspartnerschaften: Die

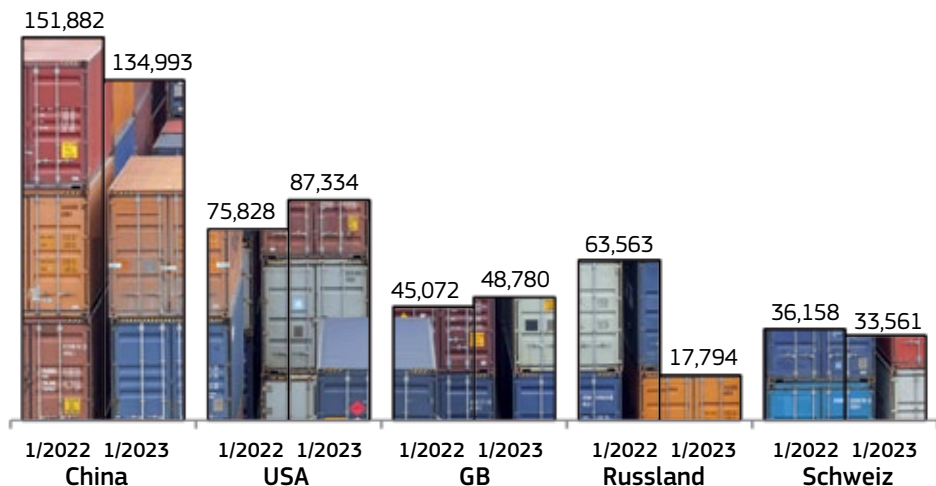
EU-Kommission setzt auf den Ausbau mit Partnern, die EU-Anliegen teilen – etwa im Rahmen der Industriestaaten der G7 –, aber auch auf die Stärkung multilateraler Institutionen wie der Welt-Handelsorganisation WTO. Bereits 2021 hatte die EU-Kommission ihre Strategie Global Gateway zum Ausbau von Infrastrukturpartnerschaften gestartet. Im März hatte die EU-Kommission zusätzlich eine Initiative zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen vorgelegt, um Europas Versorgung mit diesen für die Energiewende wichtigen Rohstoffen zu sichern. Um etwa die Versorgung mit Lithium zu sichern, hatte von der Leyen im Juni bei einem Besuch in Chile eine strategische Partnerschaft der EU mit dem Land für nachhaltige Rohstoffe angekündigt. Dabei setzt die EU auf Wertschöpfung vor Ort. Von der Leyen erläuterte: „Ohne Lithium keine Windkraftanlage, ohne kritische Rohstoffe keine Batterie.“ Durch die strategische Partnerschaft können europäische und chilenische Unternehmen künftig zusammenarbeiten, um vor Ort einen lokalen Mehrwert zu schaffen.

Laut Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, geht es darum, Europas wirtschaftliche Verflechtungen im Bereich der am dringendsten benötigten Technologien risikofreier zu gestalten. Das Ziel ist, dass sich die EU im globalen Technologiewettbewerb behaupten kann. (pr)

Sicherheitsstrategie

Die wichtigsten Handelspartner der EU – Importe

EU-Importe im Vergleich Q1/2022 vs. Q1/2023; saison- und kalenderbereinigt; in Milliarden Euro



Quelle: Eurostat; Bild: Shutterstock

■ GANZHEITLICHER ANSATZ

Klimawandel verändert Sicherheitsanforderungen

Der Klimawandel kann sich auch auf Frieden und Sicherheit auswirken. Die EU will sich mit einem ganzheitlichen Konzept auf die sicherheitsrelevanten Folgen vorbereiten.

Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission (links im Bild), sagte bei der Vorlage der gemeinsamen Mitteilung über den *Klima-Sicherheits-Nexus*: „Die Klima- und Umweltkrise bringt tiefgreifende Veränderungen in unserer Welt mit sich, und dies mit einer Geschwindigkeit, wie sie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit zu beobachten war.“ Daher reagiert die EU auf die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf Frieden, Sicherheit und Verteidigung.

Ein neues Analysezentrum für Klima- und Umweltsicherheit ist Teil der rund dreißig Maßnahmen, mit denen die EU auf veränderte Sicherheitsanforderungen durch den Klimawandel reagieren will. Weitere Vorschläge sind, Umweltberater in Missionen im Rahmen

der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu integrieren sowie eine neue Ausbildungsplattform mit dem Schwerpunkt auf Klima, Sicherheit und Verteidigung zu schaffen. Laut der vorgelegten Analyse werden im Jahr 2050 rund eine Milliarde Menschen keinen ausreichenden Zugang zu Wasser mehr haben.

Klima-Sicherheit-Nexus



© European Union, 2023

■ TRANSPORT

Kommission fördert Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland

Die EU-Kommission stellt rund 6,2 Milliarden Euro bereit, um die Verkehrsinfrastruktur in Europa zu modernisieren. Von den Fördergeldern fließen rund 378 Millionen Euro in zwölf Verkehrsprojekte in Deutschland. Dazu zählt der Ausbau der wichtigen Bahnverbindung von Oberhausen über Emmerich in die Niederlande und von Karlsruhe nach Basel. Daneben wird die Schifffahrt gestärkt, etwa durch den Ausbau des Binnenhafens im rheinland-pfälzischen Andernach, sowie der Fährverbindung von Rostock nach Trelleborg. Die Mittel für den Ausbau stammen aus dem Programm *Connecting Europe Facility (CEF)*,

sie dienen auch dazu, die Verkehrsanbindung der Ukraine und der Republik Moldawien an die EU zu stärken. Die EU-Kommission hatte im Jahr 2020 ihre Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität vorgelegt. Ein Teil der Initiative: die Stärkung des Bahnverkehrs als klimafreundliches und sicheres Verkehrsmittel. So wird angestrebt, den Güterverkehr auf der Schiene bis 2030 zu verdoppeln und die Zahl der Hochgeschwindigkeitsverbindungen auszubauen.

Umweltfreundlicher Verkehr

■ SATELLITENSYSTEM COPERNICUS

EU vergibt Aufträge an Start-ups in Freiburg und München

Die EU arbeitet bei der Erdbeobachtung aus dem All durch das Satellitensystem Copernicus künftig mit neun europäischen Start-ups zusammen, darunter zwei Unternehmen aus Deutschland. So liefert das Start-up OroraTech aus München künftig Daten für die Forstbeobachtung, etwa zur Bekämpfung von Waldbränden. Die Firma Constellr aus Freiburg steuert Infrarot-Daten bei, etwa zur besseren Erforschung von landwirtschaftlichen Flächen. Die Verträge haben jeweils einen Wert von 5 Millionen Euro. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton lobte: „Start-ups sind

für die Widerstandsfähigkeit und die technologische Führungsrolle Europas von entscheidender Bedeutung.“ Das Erdbeobachtungsprogramm *Copernicus* wird von der EU-Kommission koordiniert und verwaltet. Die Kommission setzt dabei auch auf eine engere Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Privatwirtschaft. Dabei werden sowohl Satelliten-Daten der EU als auch private Satellitenkonstellationen genutzt.

Erdbeobachtung

■ EXTREMWETTER

Europa stützt Deutschlands Landwirte mit 36 Millionen Euro

Die EU will für Europas Landwirte bis zum Jahresende insgesamt 430 Millionen Euro mobilisieren. Rund 330 Millionen Euro sollen – so die Mitgliedstaaten zustimmen – als Hilfen für Höfe fließen, die unter widrigen Witterungsbedingungen wie Hitze und Trockenheit zu leiden haben. Davon gehen rund 81 Millionen Euro an landwirtschaftliche Betriebe in Spanien und 60,5 Millionen Euro nach Italien. Höfe in Frankreich sollen 53 Millionen Euro erhalten, nach Deutschland gehen knapp 36 Millionen Euro. Zudem unterstützt die EU landwirtschaftliche Betriebe in den fünf osteu-

ropäischen Ländern Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Slowakei, die mit den Auswirkungen von Russlands Krieg in der Ukraine besonders zu kämpfen haben, mit insgesamt 100 Millionen Euro. EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski erklärte: „Die Landwirtschaft gehört zu den ersten Sektoren, die von der Klima-, Wirtschafts- und geopolitischen Krise betroffen sind. Sie verdienen unsere Unterstützung und Anerkennung.“

Hilfen für den Agrar-Sektor

Inflation und vielfältige Krisen treiben die Ausgaben der EU

Russlands Krieg in der Ukraine und dessen dramatische Folgen wie zunehmende Energie- und Lebensmittelpreise sowie hohe Inflation lassen auch den Finanzbedarf der EU steigen. Durch neue Herausforderungen rechnet Haushaltskommissar Johannes Hahn bis 2027 mit zusätzlichen Ausgaben im EU-Haushalt von rund 65,8 Milliarden Euro.



Der EU-Haushalt aus dem Jahr 2020 muss an die Erfordernisse des Jahres 2023 angepasst werden, fordern Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Haushaltskommissar Johannes Hahn.

© European Union, 2023

Hahn sagte: „Die vielfältigen Herausforderungen der vergangenen Jahre haben die Flexibilität und die Fähigkeit der EU, auf künftige Krisen zu reagieren, erschöpft. Wenn wir uns weiterhin auf den Haushalt verlassen wollen, müssen wir jetzt handeln.“

UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE

Im Zentrum der ergänzten Finanzplanung stehen eine langfristige Unterstützung der Ukraine und ein neues Finanzierungsinstrument zur Förderung von Hochtechnologie in der EU: die Plattform für strategische Technologien für Europa – *Strategic Technologies of Europe Platform (STEP)*.

Die zentralen Haushaltsvorhaben in 4 Zahlen:

▶ 17 Milliarden Euro plant die EU-Kommission bis 2027 an **Zuschüssen für die Ukraine** ein. Hinzu kommen 33 Milliarden Euro an zinsgünstigen Darlehen, die das Land zurückzahlen muss (und die wieder in den EU-Haushalt zurückfließen). Die insgesamt 50 Milliarden Euro werden in einer *Ukraine-Fazilität* gebündelt, einem Sonderfonds zur langfristigen Unterstützung für das Land bis 2027. Gemeinsam mit der Ukraine plant die EU-Kommission, einen Reform- und Investitionsplan zu erstellen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte die Vorreiterrolle der EU bei den Hilfen für das Land und sagte auf einer Ukraine-Wiederaufbaukonferenz in London, der EU-Aufbauplan „könnte ein Anker für alle internationalen Geber – einschließlich des Privatsektors – werden“. Schon jetzt stellt die EU-Kommission monatlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, damit das Land Löhne und Gehälter, etwa für Klinikpersonal, auszahlen kann.

▶ 10 Milliarden Euro will die EU-Kommission für eine **neue Investitionsoffensive** mobilisieren: die Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP). Um neue Innovationen schnell

zu unterstützen und Investitionen zügig voranzutreiben, setzt die Kommission dabei auf eine Förderung im Rahmen bestehender EU-Programme wie *InvestEU* (zusätzlich 3 Milliarden Euro), *Innovationsfonds* (5 Milliarden Euro), *Europäischer Verteidigungsfonds* (1,5 Milliarden Euro) und *Horizont Europa* (500 Millionen Euro). Insgesamt erwartet die Kommission durch die zusätzlichen Mittel Investitionen über 160 Milliarden Euro, um Innovationen in drei Schlüsselbereichen anzuschieben: Deep Tech wie Künstliche Intelligenz, saubere Technologien und Biotechnologie.

▶ 15 Milliarden Euro sieht die EU-Kommission für zusätzliche Ausgaben in der **Migrationspolitik** und neue geopolitische Herausforderungen vor. Hahn nannte etwa die Unterstützung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien unmittelbar in der Region und Mittel für die geplanten neuen Auffangzentren an den europäischen Außengrenzen im Rahmen des Asyl- und Migrationspakets der EU.

▶ 19 Milliarden Euro werden nach Schätzungen für **steigende Zinszahlungen** zum Abbau der Darlehen für den Aufbaufonds *NextGenerationEU* benötigt. Der Fonds war 2020 eingerichtet worden, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Deutschland fließen dabei allein rund 26,3 Milliarden Euro an Zuschüssen zu. Weitere Mittel sind für Notfallhilfen – etwa nach Naturkatastrophen – und inflationsbedingte Mehrausgaben für die Verwaltung vorgesehen. Hahn sagte, die Planung sei „das Ergebnis der sorgfältigen Identifizierung von Notwendigkeiten“.

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen dem Finanzvorschlag noch zustimmen. Hahn rief zu einer schnellen Einigung auf und sagte, „wir brauchen eine Haushaltsaufstockung bereits 2024.“

[Haushaltsplanung](#)

Der Finanzrahmen

Um die langfristige Finanzierung von Förderprojekten zu sichern, setzt die EU auf einen **mehrfährigen Finanzrahmen (MFR)**. Die Mitgliedstaaten hatten sich 2020 auf einen EU-Haushalt für den Zeitraum von 2021 bis 2027 über 1.074,3 Milliarden Euro verständigt, hinzu kommen 750 Milliarden Euro für den Corona-Aufbaufonds *NextGenerationEU*. Doch sind seit der Pandemie, Russlands Überfall auf die Ukraine und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien neue Aufgaben erwachsen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Wir leben heute in einer vollkommen anderen Welt im Vergleich zu 2020.“

EU-Kommission schlägt digitalen Euro vor und stärkt zugleich das Bargeld

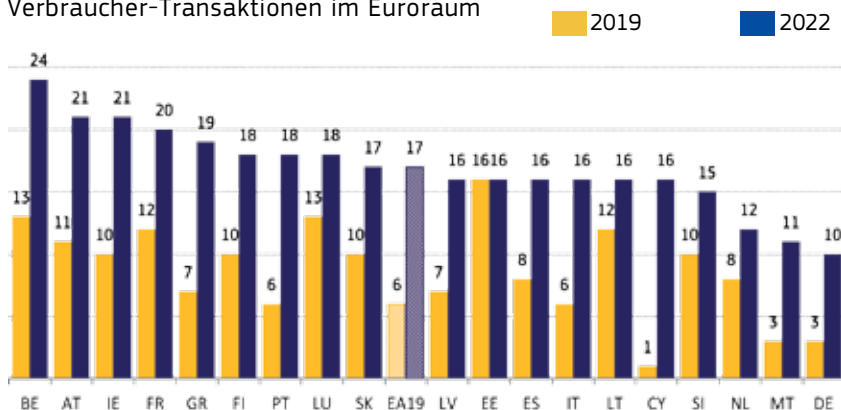
Die EU-Kommission will die rechtlichen Voraussetzungen zur Einführung eines digitalen Euro als gesetzliches Zahlungsmittel schaffen. Neben Bargeld und elektronischen Zahlungen per App oder Karte über Finanzdienstleister eröffnet sich damit eine weitere einfache, kostenlose Bezahlvariante mit der Gemeinschaftswährung. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, sagte: „Der digitale Euro wäre sicher und bequem und würde Online- und Offline-Zahlungen in Echtzeit ermöglichen.“

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen die beiden Gesetzesvorschläge noch billigen. Die endgültige Entscheidung über die Einführung einer digitalen Währung liegt bei der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese gibt die digitale Währung auch heraus. Aufbewahrt wird sie in einer digitalen Geldbörse (Wallet) – auf dem Mobiltelefon oder einer Bezahlkarte. Diese Geldbörse ist mit einem Konto verknüpft, auf dem der digitale Euro liegt. Das digitale Zahlungsmittel ist dabei genauso sicher und einfach zu nutzen wie Euro-Scheine und -Münzen. Bargeld bleibt weiter im Umlauf. EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni *stellte klar*: „Es geht nicht darum, Bargeld zu ersetzen, sondern es zu ergänzen, das ist sonnenklar.“ Die Mitgliedstaaten würden sogar verpflichtet, eine breite Akzeptanz von Barzahlungen sowie einen ausreichenden und effektiven Zugang zu Bargeld zu gewährleisten. Die Kommission könnte bei Bedarf eingreifen und Maßnahmen vorgeben.

Bereits jetzt wird rund jede fünfte Transaktion im Euroraum per App oder Karte digital abgewickelt – Tendenz seit der Pandemie steigend. Die Finanzdienstleister, die die elektronischen Zahlungen abwickeln, sitzen dabei meist außerhalb der EU. Daneben gibt es einen unregulierten, hochspekulativen Markt an privaten Kryptowährungen. Mit ihrem Vorstoß zur Einführung eines digitalen Euro als Zentralbankgeld – Fachleute sprechen von Central Bank Digital Currencies (CBDC) – zielt die EU-Kommission auf Stabilität an den Finanzmärkten und rechtliche Sicherheit für Handel sowie Verbraucherinnen und Verbraucher ab. Die Banken bleiben in ihrer Bedeutung zentral für

Online-Zahlungen nehmen zu

Anteil der Online-Zahlungen (in Prozent) an allen einmaligen Verbraucher-Transaktionen im Euroraum



Quelle: Eurostat



Bargeld bleibt ein wichtiges Zahlungsmittel in Europa.

© Shutterstock

das Finanzsystem. Mairead McGuinness, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion, bekräftigte, die EU-Kommission wolle die Rolle der Banken erhalten und verhindern, dass der digitale Euro dazu führt, dass Banken wichtige Einlagen verlieren. Um dies zu erreichen, sieht der Vorschlag der Kommission eine Limitierung des Betrags vor, den eine Person als Digitalwährung bei der Zentralbank halten darf. Wie hoch dieser Betrag sein wird, legt ebenfalls die Europäische Zentralbank fest.

EURO – DIE ZWEITWICHTIGSTE WÄHRUNG DER WELT

Derzeit arbeiten nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) mehr als hundert Zentralbanken an der Einführung einer digitalen Währung, darunter auch die Notenbanken der USA und Großbritanniens. Einige dieser Staaten befinden sich in fortgeschrittenen Pilotphasen wie China. Ein digitaler Euro erleichtert daher nicht allein grenzüberschreitende Zahlungen und Handelsbeziehungen, er stärkt auch die internationale Rolle des Euro und erhöht Europas strategische Autonomie. Dombrovskis erklärte in einer gemeinsamen *Stellungnahme* mit EZB-Direktoriumsmitglied Fabio Panetta: „In einer Zeit, in der wir aufgrund zunehmender geopolitischer Spannungen anfälliger für Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur sind, würde ein digitaler Euro auch die Integrität und Sicherheit des europäischen Zahlungssystems verbessern.“

Der Euro ist seit dem 1. Januar 2002 gesetzliches Zahlungsmittel im Euroraum, seither ist die Zahl der Eurostaaten von elf auf zwanzig gewachsen. Auf den globalen Finanzmärkten genießt die Gemeinschaftswährung großes Vertrauen. Nach dem jüngsten Bericht der EZB *„The international role of the Euro“* vom Juni dieses Jahres stieg der Anteil des Euro an den weltweiten Devisenreserven 2022 zu konstanten Wechselkursen um 0,5 Punkte auf 20,5 Prozent. Der Euro stellt damit international nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Leitwährung der Welt dar. (pr)

Digitaler Euro

Luchs-Projekt aus dem Pfälzerwald gewinnt EU-Umweltpreis LIFE Award 2023

In seine wissenschaftlichen Vorträge streut Jochen Krebühl gern auch mal ein kleines Suchspiel ein. „Finden Sie den Luchs?“, fragt der Geschäftsführer der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz dann seine Zuhörerschaft und zaubert in seiner Präsentation ein Foto an die Wand. Mitten im dichten Laub des Pfälzerwalds blitzen dann Luchs-Augen auf. „Zwei Jungtiere“, sagt Forstwissenschaftler Krebühl.



Der Karpatenluchs ist in der Pfalz erfolgreich ausgewildert worden.

© Martin Greve/SNU

Im Pfälzerwald tut sich was. Dort lässt sich mit etwas Glück im Unterholz ein Luchs erspähen. Mit Unterstützung der EU ist die Wildkatze in der Region südlich von Kaiserslautern wieder angesiedelt worden. Für die erfolgreiche Arbeit wurde das deutsch-französische Projekt „EU LIFE Luchs“ mit dem Umweltpreis LIFE Award 2023 der EU geehrt. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte bei der Preisverleihung: „Das LIFE-Programm ist wichtiger denn je. Es zeigt, dass es Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel und für die Erhaltung der Biodiversität gibt. Eine oft übersehene Lösung ist die Natur. Wir brauchen mehr Biodiversität.“ Katrin Eder, Vorsitzende der Stiftung Natur und Umwelt (SNU) sowie rheinland-pfälzische Umweltministerin, ergänzte: „Wiederansiedlungsprogramme sorgen für genetische Vielfalt und stabilisieren unser Ökosystem.“

GRENZGÄNGER ZWISCHEN PFALZ UND ELSASS

„Der Luchs ist ein unglaublich schönes Tier mit einem feinen, dichten Fell“, sagt Krebühl und fügt hinzu: „Ein echter Sympathieträger. Nicht umsonst schwärmt der Volksmund von ‚Luchsaugen‘ oder spricht von ‚abgeluchst‘.“ Seit fast zweihundert Jahren galt die Wildkatze in der Pfalz als ausgestorben. Seit sieben Jahren tummeln sich wieder Luchse im Gehölz des Pfälzerwalds. In Zusammenarbeit der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz mit SYCOPARC in Frankreich und Landesforsten Rheinland-Pfalz wurden 2016 die ersten Tiere in der Slowakei und der Schweiz eingefangen und im Pfälzerwald wieder freigelassen. Bereits ein Jahr später wurde in der Pfalz der erste Nachwuchs dokumentiert. Zwanzig Luchse wurden insgesamt ausgesetzt, mindestens zwanzig Nachwuchstiere sind inzwischen nachgewiesen. Krebühl: „Es ist schön, dass die Wiederansiedlung so erfolgreich war. Das spornt uns an für weitere Projekte.“

29.06.2023 EU-NACHRICHTEN #12/2023

Umweltbildung

Die Idee des Naturschutzes wird beim Luchs-Projekt in Rheinland-Pfalz und dem Elsass auch in die Schulen getragen. „Eil de lynx – Luchsauge“, heißt das Umweltbildungsprojekt. Grundschülerinnen und -schüler auf deutscher und französischer Seite befassen sich ein halbes Jahr lang intensiv mit dem Luchs und seinen Gewohnheiten. Jede Schulklasse entwickelt dabei ein eigenes Projekt rund um den Luchs. Dieses Projekt wird innerhalb eines Schulhalbjahres während des Unterrichts weiter bearbeitet. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler von Umweltspezialistinnen und -spezialisten unterstützt. Auf einem grenzüberschreitenden Luchstag stellen Kinder aller beteiligten Schulklassen aus Deutschland und Frankreich ihre Ergebnisse vor.

Die EU förderte das grenzüberschreitende Projekt mit 1,4 Millionen Euro. Der Erfolg lässt sich eindrucksvoll belegen. Längst sind Luchse aus der Pfalz ins französische Elsass übergewechselt. Ein Tier ist sogar wieder in die Pfalz zurückgekehrt.

BEISPIELHAFTER AUSGLEICH IM „LUCHS-PARLAMENT“

Bereits seit den 1970er-Jahren gab es Überlegungen, den Luchs in der Gegend wieder heimisch zu machen. Früh ist der Naturschutz in der Region dabei seinen eigenen Weg gegangen und hat den Ausgleich mit Interessenverbänden gesucht. Die Lösung: ein „Luchs-Parlament“. So nennen sie den Runden Tisch, an dem alle zusammenkommen, die mit dem Luchs zu tun haben: Naturschützer wie Krebühl, Jagdvereine, Damwild-Betriebe sowie Schaf- und Ziegenzüchterinnen und -züchter. „Im Austausch können die einzelnen Perspektiven erarbeitet und verstanden werden. Auf der Basis lassen sich dann auch Lösungen entwickeln, die akzeptiert werden“, sagt Krebühl zum Erfolgsrezept.

Das „Luchs-Parlament“ gibt es dabei gleich zwei Mal: auf elsässischer und auf pfälzischer Seite. Einmal im Jahr wird grenzüberschreitend gemeinsam getagt. Petra Kunz vom rheinland-pfälzischen Landesverband der Schaf- und Ziegenhalter sagt über das vorbildhafte Ausgleichsmodell: „Wir haben nicht nur für den Luchs, sondern auch für die nächsten Projekte Maßstäbe gesetzt, durch den Willen und das gegenseitige Verständnis, das Miteinander.“ Sie fühlt sich durch die europäische Auszeichnung ebenso geehrt wie die Jagdverbände im Land. Der Luchs bringt Menschen zusammen. Eine Gegend, wo sich Luchs und Hase gute Nacht sagen – das ist an der Grenze zwischen Elsass und Pfalz jedenfalls längst als Kompliment gemeint. (pr)

Modellprojekt

Europa in Zahlen

50

Prozent der Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten in der Europäischen Union setzten 2022 auf Videokonferenzen. Das zeigt eine Untersuchung der europäischen Statistikbehörde Eurostat zu Veränderungen der Arbeitswelt durch die Corona-Pandemie. Den größten Anteil an Videoschalten hatten demnach Betriebe in Schweden (74,9 Prozent), gefolgt von Finnland (78,5 Prozent), Dänemark (78,0 Prozent) und Malta (68,3 Prozent).

Die *deutschen Unternehmen* lagen mit 60,5 Prozent unter den Top Ten in Europa. Am wenigsten auf Teams, Webex und Co. setzten Firmen in Bulgarien (28,2 Prozent), Ungarn (29,4 Prozent) und Rumänien (31,2 Prozent).

Arbeitswelt

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 30.06.2023 09.00–13.30 Uhr	„Winning the race for talent“ Konferenz Veranstalter: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://artecom.regasus.de/online/begin;jsessionid=oGxNaKdWi9r40m48HhUU00EWfepHZ-T7EwtXPUB8h.a4d78bd16d1f
> 04.07.2023 11.30–13.00 Uhr	„Frischer Wind für EU-CELAC-Beziehungen?“ Mittagsgespräch Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://iep-berlin.de/de/projekte/deutschland-und-europa/europagesprache/eu-celac/
> 05.07.2023 17.00 Uhr	„Rebuilding Ukraine Sustainably: Young Visions from Europe“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: European Youth Parliament, Schwarzkopfstiftung Junges Europa	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://schwarzkopf-stiftung.de/aktuelles/veranstaltungen/rebuilding-ukraine-sustainably-young-visions-from-europe/
> 05.07.2023 19.30–21.00 Uhr	„Krieg, Frieden und die Rolle der EU – Wo stehen wir, wo wollen wir hin?“ Europäischer Salon Veranstalter: Europa Union Deutschland, JEF Sachsen	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28718
> 06.07.2023 12.24–13.00 Uhr	„Europa und China – Perspektiven der bilateralen Beziehung zwischen der EU und China“ Lunchtime Talk	Online	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/06-07-2023/europa-und-china-live-video-interview-mit-dr-mikko-huotari
> 12.07.2023 14.00–15.30 Uhr	„Spanische EU-Ratspräsidentschaft“ EBD-Briefing Veranstalter: Netzwerk EBD	Botschaft von Spanien Lichtensteinallee 1 10787 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/termine/ebd-briefing-spanische-eu-ratspraesidentschaft/

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ ONLINE-SPIEL „FABULOUS COUNCIL“

Spielerisch Kompromissfindung erlernen

Die Europawahl 2024 rückt näher. Erstmals dürfen am 9. Juni bundesweit auch 16-Jährige zur Wahlurne schreiten und ihre Stimme für Europa abgegeben. Das Online Game „Fabulous Council“ der Europäischen Kommission vermittelt Jugendlichen spielerisch, worum es bei Abstimmungen geht und wie politische Einigungen zustande kommen. Das neue Online-Spiel richtet sich an 13- bis 14-jährige Schülerinnen und Schüler insbesondere aus Real-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen, die keinerlei Vorwissen mitbringen. Während einer Unterrichtsstunde begeben sie sich nach Nafasia, einer Fantasiewelt, in der dichter Wald und magische Wesen beheimatet sind: Vampire, Hexen, Naturgeister und die Bauernschaft: – sie alle wollen frei und glücklich leben. Dafür müssen sie sich auf Gesetze einigen – und auch Kompromisse eingehen. Zu einer virtuellen Spielerunde lädt die Kommission am Dienstag, den 11. Juli, von 15:00 bis 16:30 Uhr ein. Um Anmeldung wird bis Donnerstag, den 6. Juli, 12 Uhr per [E-Mail](#) gebeten.

[Online Game „Fabulous Council“](#)



© European Union, 2023

■ FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Bewerbungsfrist für Projekte startet

Die Bewerbungsfrist für Projektvorschläge zur „Europäischen Nacht der Forschung“ und für „Forschende an Schulen“ hat begonnen. Die Kommission stellt für ca. 50 Aktivitäten 15,4 Millionen Euro in den Jahren 2024 und 2025 zur Verfügung. Die beiden Vorreiterinitiativen zeigen die Vielfalt der europäischen Forschung und Innovation und ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger durch unterhaltsame und lehrreiche Aktivitäten wie Wissenschaftsshow, Ausstellungen, Laborbesuche, Austausch mit Forschenden, Spiele und Wettbewerbe.

Die „Europäische Nacht der Forschung“ zieht jährlich über 1,5 Millionen Besucher an. Die Veranstaltung findet jedes Jahr am letzten Freitag im September statt. „Forschende an Schulen“ unterstützt Interaktionen zwischen Forschenden und Tausenden von Grund- und Sekundarschülern während des ganzen Jahres. Schwerpunkt sind Schlüsselthemen wie Klimawandel, nachhaltige Entwicklung oder gesündere Lebensweise. Vorschläge können bis zum 25. Oktober eingereicht werden.

[Forschungsförderung](#)

■ „DIE EU – DAS BIST DU!“

Tour zu Kinder- und Familienevents macht Station in Stuttgart

Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland ist zwischen Mai und September 2023 bei elf Kinder- und Familienevents in Deutschland bei einer Tour von Radio TEDDY, dem Kinder- und Familienradio, dabei. Am 9. Juli macht die Tour Station beim Kinder- und Familientag des Mercedes-Benz Museums in Stuttgart. Die Besucherinnen und Besucher können sich auf einen EU-Infostand und Aktionen für Kinder und Jugendliche freuen.

Unter dem Motto „Die EU – das bist du“ können sie spielerisch etwas über Europa lernen. Beim EU-Glücksrad oder beim Europaquiz können Kinder und Eltern tolle Preise gewinnen. Das EUROPE DIRECT Stuttgart wird ebenfalls vor Ort sein, um über die Angebote der EU in der Nähe zu informieren und Fragen zu beantworten.

[Radio TEDDY-Tour in Stuttgart](#)

■ FAKT ODER FAKE?

Planspiel über Desinformation

In Zeiten von Fake News, Filterblasen und Hass im Netz ist es wichtig, Jugendlichen einen strategischen Kompass an die Hand zu geben und sie für einen kritischen und reflektierten Umgang mit digitalen Medien zu sensibilisieren. Ab sofort ist das erfolgreiche Planspiel „Fakt oder Fake?“ als Online-Version zum Download verfügbar. Neu sind sechs kurze Module, die einzeln oder aufeinander aufbauend oder auch vorbereitend auf das Planspiel genutzt werden können. Hier ist für jeden Geschmack und alle Altersstufen etwas dabei: Von einem Bingo über ein Pub Quiz, Detektivpuzzle, ein Kurz-Rollenspiel und einen Debattierclub bis hin zur Tweetwall „Tweet Your fEUture“ – in allen Modulen wird das Thema Desinformation genauer beleuchtet und der Umgang mit Falschmeldungen geschult.

Ergänzend zu dem Material bietet die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland gemeinsam mit der Agentur planpolitik, die sowohl das Planspiel als auch die ergänzenden Module entwickelt hat, Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Trainerinnen und Trainer an.

[Planspiel](#)



© Shutterstock